



FDP | 15.06.2022 - 11:10

Wir müssen zur Schuldenbremse zurückkehren



Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse setzt der Neuverschuldung des Staates enge Grenzen. Im laufenden Jahr ist sie ausgesetzt. Im FAZ-Interview skizziert FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, wie er sich die Rückkehr zur Schuldenbremse vorstellt.

In der [Debatte über über die künftige Einhaltung der Schuldenbremse](#) [1] und um rasche weitere Entlastungen von Bürgern und Unternehmen angesichts der hohen [Inflation](#) [2], stellte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai klar: „Der Staat ist nicht in der Lage, jede Kostensteigerung auszugleichen. Wir müssen zur Schuldenbremse zurückkehren — auch, um der Inflation entgegenzuwirken.“ Er sieht sich da auch ganz im Einklang mit dem Koalitionsvertrag, der besagt: Alle Vorhaben stehen unter dem Vorbehalt der [Schuldenbremse](#) [3] unseres Grundgesetzes.

Djir-Sarai wirbt zugleich für weitere Entlastungen, aber anders als es beispielsweise SPD-Chefin Saskia Esken für richtig hält, die die Schuldenbremse aussetzen will. Der Generalsekretär führte aus: „Wir wollen an das Steuerrecht ran und die kalte Progression abbauen. Dadurch würde verhindert, dass Gehaltserhöhungen weitgehend durch die Inflation aufgezehrt werden. Die Menschen hätten von vornherein mehr in der Tasche und müssten nicht darauf warten, dass der Staat ihnen was zurückgibt.“

[#FDP](#) [4]-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai richtet im Interview mit [@EckartLohse](#) [5] und Johannes Leithäuser deutliche Worte an [#SPD](#) [6] und [#Grüne](#) [7]: Es könne nicht sein, dass sich beide laufend neue Projekte ausdenken – und die FDP das Geld dafür besorgen soll. <https://t.co/DtpClzFjCw> [8]

Wir müssen zur Schuldenbremse zurückkehren

— Frankfurter Allgemeine (@faznet) [June 14, 2022](#) [9]

Vor diesem Hintergrund erteilte er auch Forderungen nach einer [Erhöhung des Spitzensteuersatzes](#) [2] eine Absage: „Die steuerpolitischen Vorstellungen der Grünen hat das Finanzministerium durchrechnen lassen. Demnach würde ein Jahreseinkommen von 80 000 Euro mit 57 Prozent besteuert werden müssen — statt wie bisher mit 42 Prozent.“ Das wäre nicht nur „unfair und leistungsfeindlich, sondern schlichtweg fatal“ für den Mittelstand und die wirtschaftliche Erholung des Landes.

In dem Zuge zeigte er sich auch erleichtert, dass die [Debatte um eine Übergewinnsteuer](#) [10] vom Tisch ist. Denn in der Debatte über den Tankrabatt hat Wirtschaftsminister Robert Habeck den Auftrag bekommen, das Kartellrecht im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket in die Lage zu versetzen, die Märkte zu kontrollieren.

Gute Nachricht für Autofahrer: Laut Ifo-Institut wurde der [#Tankrabatt](#) [11] an der Zapfsäule größtenteils weitergegeben. Jetzt gilt es mit Hilfe des Kartellamts sicherzustellen, dass das dauerhaft so bleibt. <https://t.co/AkUGzU6mMG> [12]

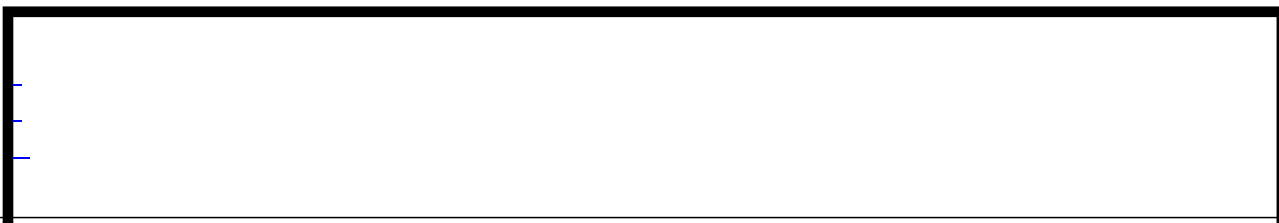
— Bijan Djir-Sarai (@DjirSarai) [June 14, 2022](#) [13]

Entscheidend ist, dass diese Regierung für das Land erfolgreich arbeitet

Für Djir-Sarai ist eine Verschärfung des Kartellrechts zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher eine Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft. Die Übergewinnsteuer hingegen würde dem Wirtschaftsstandort Deutschland massiv schaden: „Sie würde Tür und Tor öffnen für willkürliche Besteuerungsmaßnahmen. Keine einzige Branche in Deutschland wäre künftig mehr sicher vor solchen Eingriffen, ist sich Djir-Sarai sicher. „Die Folge wäre, dass Unternehmen nicht mehr bei uns investieren, keine Arbeitsplätze mehr schaffen und keine Steuern mehr zahlen. Damit würden wir uns ins eigene Fleisch schneiden. Es ist schockierend, dass es auch Stimmen aus den Unionsparteien gibt, die so etwas befürworten.“

Er hat aber auch mahnende Worte für die Koalitionspartner. Die würden „gelegentlich zum finanzpolitischen Abenteuererium“ neigen, urteilte Djir-Sarai. „Es kann aber nicht sein, dass sich zwei Partner in dieser Koalition ständig Projekte ausdenken und der dritte sich mit der Frage beschäftigen muss, wie diese Projekte finanziert werden“, mahnte er. „Wir haben einen guten [Koalitionsvertrag](#) [14] gemeinsam beschlossen.“ Er habe ein Interesse daran, dass die Regierungskoalition erfolgreich sei, sagte der FDP-Generalsekretär.

„Entscheidend ist, dass diese Regierung für das Land erfolgreich arbeitet. In dreieinhalb Jahren steht nicht die Ampel auf dem Wahlzettel. Vielmehr müssen die Leute sagen: Die haben das Land gut regiert, und die Handschrift der FDP war klar erkennbar“



[Sieh dir diesen Beitrag auf Instagram an](#)

[15]

[Ein Beitrag geteilt von Christian Lindner \(@christianlindner\)](#) [15]

Auch interessant:

- [Beschluss des Bundesvorstandes: Mit der Rückkehr zur Schuldenbremse den finanzpolitischen Ausnahmezustand beenden: Inflation bekämpfen, Entlastungen priorisieren, Investitionsanreize setzen](#) [16]
- [Flugblatt: Schuldenbremse einhalten und Investitionen stärken](#) [3]
- [Djir-Sarai im FAZ-Interview](#) [17]
- [Debatte über Tankrabatt und Übergewinnsteuer](#) [10]
- [Die Inflation ist eine echte Bedrohung](#) [2]
- [Gebot der Stunde sollte Entlastung heißen](#) [18]
- [Übergewinnsteuer schadet Wirtschaftsstandort Deutschland](#) [19]
- [Entlastungspakete: Wir entlasten die breite Mitte der Gesellschaft](#) [20]
- [Infopapier zur Übergewinnsteuer](#) [21]
- [Tankrabatt kommt laut Umfrage überwiegend gut an](#) [22]

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/wir-muessen-zur-schuldenbremse-zurueckkehren>

Links:

- [1] <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/schuldenbremse-streit-ueber-den-haushalt-ministerien-fordern-fast-100-milliarden-euro-zusaetzlich-von-lindner/28421444.html>
- [2] <https://www.fdp.de/die-inflation-ist-eine-echte-bedrohung>
- [3] <https://www.fdp.de/media/4292/download?inline>
- [4] https://twitter.com/hashtag/FDP?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw
- [5] https://twitter.com/EckartLohse?ref_src=twsrc%5Etfw
- [6] https://twitter.com/hashtag/SPD?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw
- [7] https://twitter.com/hashtag/Gr%C3%BCne?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw
- [8] <https://t.co/DtpClzFjCw>
- [9] https://twitter.com/faznet/status/1536747341419618304?ref_src=twsrc%5Etfw
- [10] <https://www.fdp.de/schaerferes-kartellrecht-statt-uebergewinnsteuer>
- [11] https://twitter.com/hashtag/Tankrabatt?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw
- [12] <https://t.co/AkUGzU6mMG>

[13] https://twitter.com/DjirSarai/status/1536640056844333058?ref_src=twsrc%5Etfw

[14] <https://www.fdp.de/koalitionsvertrag>

[15]

https://www.instagram.com/tv/CeITWgvDGGD/?utm_source=ig_embed&utm_campaign=loading

[16] https://www.fdp.de/sites/default/files/2022-06/2022_06_20_BuVo_Mit-der-Rueckkehr-zur-%20Schuldenbremse-%20den-finanzpolitischen-%20Ausnahmezustand-%20beenden.pdf

[17] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fdp-generalsekretaer-bijan-djir-sarai-im-interview-18103271.html>

[18] <https://www.fdp.de/gebot-der-stunde-sollte-entlastung-heissen>

[19] <https://www.fdp.de/uebergewinnsteuer-schadet-wirtschaftsstandort-deutschland>

[20] <https://www.liberale.de/wir-entlasten-die-breite-mitte-der-gesellschaft>

[21] <https://www.fdpbt.de/infopapier/infopapier-uebergewinnsteuer>

[22] <https://www.rnd.de/politik/tankrabatt-erhaelt-laut-umfrage-viel-zustimmung-in-deutschland-WGOPUWAKRGXFO4XKLAI DXUQX74.html>